

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Verkauf und Werbung: Drog. II., Karlsplatz 15. • Erlaßten: 26703, 31460. • (Kaufvermittlung): 26707 • Postfachamt: 27544

13. Jahrgang.

Donnerstag, 9. Februar 1933

Nr. 34.

Wels und Otto Braun Listenfürer.

Berlin, 8. Februar. Der Parteiauschuß der Sozialdemokratischen Partei beschloß am Mittwoch, für den Reichstag die bisherige Reichsliste, die von dem Parteivorsitzenden Otto Wels geführt wird, sowie für den preussischen Landtag die bisherige Landesliste, geführt vom Ministerpräsidenten Otto Braun, wieder aufzustellen. Ferner stimmte er der Listenverbindung mit der Staatspartei für die Wahlen zum Reichstag und zum preussischen Landtag zu. Es handelt sich dabei nur um einen rein technischen Vorgang. Jede Partei bleibt politisch völlig frei. Schließlich stimmte der Parteiauschuß auch dem Vorschlag des Parteivorstandes zu, den für den 12. März des Reichstages genannten Parteitag um vierzehn Tage, und zwar auf den 26. März zu verschieben.

Deutscher Rundfunk nur für Hitler und Hugenberg.

Berlin, 8. Februar. Wie aus Kreisen des Reichsinnenministeriums bekannt, gelten bei den kommenden Wahlen für den Rundfunk die Richtlinien, nach welchen die Benutzung des Rundfunks für und von Parteien ausgeschlossen ist. Dabei ist es selbstverständlich, daß im politischen Leben lebende Persönlichkeiten über staatspolitische und wissenschaftliche Fragen sprechen.

Händchen stets in Begleitung des Herrn.

Berlin, 8. Februar. In der englischen Presse sind Behauptungen im Umlauf, wonach bei der Bildung der gegenwärtigen Reichsregierung Vereinbarungen dahingehend getroffen worden seien, daß der Reichspräsident Reichskanzler Hitler niemals ohne die Begleitung des Polizeiaufsehers von Papen empfangen werde und daß außerdem Vizekanzler von Papen als Vertreter des Reichspräsidenten eine besondere Stellung innerhalb des Kabinetts einnimmt. Diese Behauptungen werden von amtlicher Stelle als Unfug bezeichnet.

Wieder ein Nazimörder entlarvt.

Berlin, 8. Februar. Die Tötung des 27jährigen Arbeiters Martin Leuschner ist durch das Geständnis eines gewissen Hornemann, eines der drei noch der Tat verhafteten Nationalsozialisten geklärt worden. Hornemann gibt zu, mehrmals geflohen zu haben. Durch die Schüsse wurden, wie gemeldet, Leuschner getötet, ein zweiter Arbeiter erheblich verletzt. Hornemann will angegriffen und durch Bedrohungen durch Kommunisten erregt gewesen sein.

Ein neuer Mord.

Berlin, 8. Februar. Der Arbeiter Wilhelm Esler ist in der vergangenen Nacht in Reuterpark in der Siedlung Engelsberg mit einem Revolver erschossen worden. Von dem Schützen fehlt jede Spur. Esler war vor einigen Wochen von der SA. zur SPD. übergetreten.

Japanische Kriegsschiffe in Hankau.

Moskau, 8. Februar. Die sowjetrussische Telegraphenagentur meldet aus Schanghai: Wie aus unternahmlichen chinesischen Quellen mitgeteilt wird, sind in der Nähe der Stadt Hankau fünf japanische Kriegsschiffe aufgetaucht, welche durch ihr Erscheinen eine gewisse und ungewisse Kampfbereitschaft in der ganzen Stadt hervorzurufen. In einigen Vierteln der japanischen Konzession wurden Maschinengewehre und Flugzeugabwehrgeschütze aufgestellt. Zwischen der Chinesenstadt und dem japanischen Viertel wurden Patrollen und andere Hindernisse errichtet. Die japanische Bevölkerung der Stadt ist angeblich mit Handfeuerwaffen ausgerüstet.

Keine Gehaltskürzung in Amerika.

Washington, 8. Februar. Der amerikanische Senat hat die allgemeine Gehaltskürzung sämtlicher Angestellten in der Staatsverwaltung mit Ausnahme der Gehälter der Staatsangestellten angenommen.

Deutschnationale gegen Nationalsozialisten. Die Auseinandersetzung innerhalb der Harzburger Front beginnt.

In deutschnationalen Kreisen herrscht, wie der Berliner „Vorwärts“ berichtet, über die unerwartete Auflösung des Reichstages Bestürzung. Die Nationalsozialisten erhoffen von den Wahlen einen Gewinn, den sie sich naturgemäß nur durch einen Einbruch in die deutschnationale Wählererschaft holen können. Der scheinliche Wunsch der „Kreuzzeitung“, man möge nationale Einheitslisten aufstellen, blieb ohne Gegenliebe. Dazu schreibt nun das genannte Blatt des Stahlhelms folgendes:

Offensichtlich hat im Reichskabinett der Wille der drei nationalsozialistischen Mitglieder abgelehnt über die acht anderen Mitglieder. Die Nationalsozialisten wollten Neuwahlen, weil sie von ihnen, unter der Gunst der ihnen jetzt angefallenen Chance, eine erhebliche Steigerung ihrer parlamentarischen Machtposition erwarten und sogar die Erringung der 51 Prozent der Reichstagsmandate erhoffen.

Es wäre falsch, zu verschweigen, daß durch die Art und Weise der Eröffnung des Wahlkampfes schon viel von der Glaubwürdigkeit und dem Vertrauen, welche die Bildung der neuen Regierung in allen Kreisen des nationalen Deutschland gewonnen hatte, wieder merklich zusammengestunken ist.

Noch deutlicher drückt sich der deutschnationale „Reichshof“ aus. Er nennt Hugenberg „die furchtbare Belastung, die sich Hitler überhaupt leisten konnte“ und warnt:

Harzburger Front arbeitsunfähig?

Berlin, 8. Februar. Die von allen Anfang an vordringende innere Uneinigkeit der Hitler-Regierung zeigt sich heute, nach zehntägiger Dauer des Harzburger Kabinetts vollständig klar. Das Kabinett ist von seinen negativen Maßnahmen (Auflösung des Reichstages und des Landtages, Abschaffung der preussischen Regierung, Zeitungsverbote und antikommunistischen Aktionen) noch zu keiner positiven Regierungsarbeit gelangt und schon ist das gegenseitige Mißtrauen im Kabinett erheblich. Die hauptsächlichste Ursache dieser inneren Zerrissenheit des Kabinetts ist wohl in der

Eine zweite Klage beim Staatsgerichtshof. Gegen die Auflösung des Preußenlandtags.

Berlin, 8. Februar. Die Regierung Braun hat am Mittwoch vormittags dem Staatsgerichtshof in Leipzig eine zweite Klageschrift überreicht, die sich gegen die Auflösung des preussischen Landtages richtet. Die Klageschrift umfaßt elf Schreibmaschinenseiten. Sie richtet sich gegen die nach Auffassung der Staatsregierung verfassungswidrige Auflösung des Landtages mit dem Antrag, der Staatsgerichtshof solle entscheiden, daß die am 6. Februar durch den Reichskommissar von Papen und den Landtagspräsidenten Kretzl ausgesprochene Landtagsauflösung mit der Reichsverfassung und der preussischen Verfassung nicht im Einklang stehe und daher ungültig sei. Weiter soll festgestellt werden, daß der Reichskommissar eine Neuwahl zum preussischen Landtag nicht anberaumen dürfe und daß die anberaumte Neuwahl unzulässig sei. Der Standpunkt der Staatsregierung wird in der Klageschrift ausführlich begründet. Als Anlagen werden die Abstimmungen der Anträge und ein Auszug aus der Landtags-

Hitlers Zehnjahresplan

sieht die Vernichtung der Nazis vor.

Berlin, 8. Februar. Reichskanzler Adolf Hitler empfing am Dienstag nachmittag mehrere Vertreter führender deutscher Tageszeitungen. Hitler unterzog die gegenwärtige politische Lage einer kurzen Untersuchung und verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß gegen die Regierung wohl eine Mehrheit zustandekommen könnte, die aber rein negativen Charakter hätte. Die einzige Mehrheit, die zu positiver Leistung imstande sei, sei die, die sich zu der amtierenden Reichsregierung bekenne.

Hitler betonte u. a., daß er sein Amt erst aufgeben werde, wenn er die Ueberzeugung habe, daß seine Mission erfüllt sei. Der deutschen öffentlichen Meinung könne er versichern, daß es in zehn Jahren keinen Nationalismus mehr in Deutschland gebe. Abschließend erklärte Hitler, daß er immer nur das tun werde, was er für die deutsche Zukunft als notwendig ansehe. Er sei bereit, des-

Die Alleinherrschaft der NSDAP. nach Mussolinis Muster in Deutschland auf die Dauer nicht zu halten. In gefährlich ist die außenpolitische Lage, zu schwierig sind die Verhältnisse in der Wirtschaft, zu stark, zu gut organisiert sind die Gegner im Innern. Ein Konflikt innerhalb der nationalen Regierung kann darum immer nur einen Pyrrussieg der NSDAP. im Gefolge haben, dem der juchende Zusammenbruch des deutschen Nationalismus folgen muß.

Von gewissen Parteien der Regierungsbildung rückt der Stahlhelmführer Lüsterberg entschieden ab. Er erklärte auf einer Tagung in Berlin:

Wir im Stahlhelm wissen es und werden es nicht vergessen, daß auch in den marxistischen Parteien wie im Zentrum es Hunderttausende von alten Frontkämpfern gibt, die draußen vor dem Feinde in hervorragender Weise ihre Pflicht getan haben.

Es ist peinlich, wenn ausgesprochene Trübsalbringer und Jugendliche, die während des Weltkrieges noch in den Wäldern lagen oder die Schulbank drückten, ausgerechnet über mangelnde Vaterlandsliebe dieser Männer sich Urteile erlauben.

Die Auseinandersetzung zwischen Deutsch-nationalen und Dolkenkreuzern, die sich da abspielt, ist sehr bemerkenswert.

Keine Einigung der Rechten für die Wahlen.

Berlin, 8. Februar. Die Bemühungen um eine Zusammenfassung der Parteien und Gruppen auf der Rechten für die bevorstehenden Wahlen sind heute weitergegangen. Bislang ist aber über einen Abschluß noch nichts bekannt geworden. So weiß es sich um die große Zusammenfassung handelt, an der auch die Deutschnationalen und der Stahlhelm beteiligt sein sollen, wird der Stand der Verhandlungen in politischen Kreisen heute abend recht skeptisch beurteilt.

Konflikt des Ueberwachungsausschusses dauert weiter an

Berlin, 8. Februar. Der Brief des Reichstagspräsidenten Göring ist Mittwoch früh in die Hände des Vorsitzenden des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, Abg. Löbe, gelangt. Seine Entschlieung über das weitere Vorgehen wird Löbe erst im Laufe des Tages treffen, nachdem er mit seinen Fraktionskollegen Beratung genommen hat. Wie ein Nachrichtenbüro hört, wirds zu dem vom Reichstagspräsidenten zunächst gewünschten Versuch einer direkten Vereinigung des Konfliktes zwischen den beiden Parteien kaum kommen, da weder Nationalsozialisten noch Sozialdemokraten geneigt sein dürften, eine solche Aussprache herbeizuführen.

Ueber die Köpfe der Führer...

Inmitten des Nord- und Bluranfches, dem sich die Banden Hitler in Deutschland hingeben, vollzieht sich eine seltsame Erscheinung. Es ist erst ein Anfang und soll nicht überhöht werden, aber auch dieser Anfang ist symptomatisch dafür, daß trotz aller gegenteiligen Bemühungen das proletarische Verbundenheitsgefühl in den Kreisen der kommunistischen Arbeiter nicht erloschen ist. Auch der kommunistische Arbeiter beginnt zu begreifen, daß die Dolkenkreuzer nicht danach fragen, ob es ein Kommunist oder ein Sozialdemokrat ist, dem sie den Schädel einschlagen, die Revolverfugel in die Brust schießen oder mit dem Messer den Bauch aufschneiden. Sie beginnen auch zu begreifen, daß die Stunde der höchsten Gefahr gekommen ist und daß es um Sein oder Nichtsein der Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteirichtung geht.

Gegen den Versuch, zu zertrümmern, was seit der Revolution in Deutschland in mühsamer Arbeit aufgebaut wurde und als Einleitung zu dem beginnenden Volksturnkampf hatte die Eiserner Front in den Lustgarten zu Berlin am Dienstag eine Verammlung einberufen, die sich zu einer ungeheuren Demonstration von nie gesehenem Umfange gestaltete. Das Ueberraschende war nun, daß sich unter den erschienenen Massen auch viele tausende Kommunisten befanden, die in geistlosem Zuge amarschiert waren, ihre Rotfront-Rufe hören ließen, sonst aber durchaus sojaldistisch an der Kundgebung teilnahmen und sich — eine ganz ungewohnte Rolle — nicht im geringsten als Störer betätigten. Sie waren einfach — und es ist schwer zu glauben, daß dies mit Einverständnis ihrer Führer geschah — gekommen, um mitzudemonstrieren, die Größe und Macht des kämpfenden Proletariats zu zeigen. Nicht anders war es am Sonntag in Breslau. Dort hatten die Nazis durch den Mund des Feinmörders Seine verkündet: „Die Strafe gehört uns, der SA, des Marxismusgegner hat nichts auf der Straße zu suchen“. Die Antwort war eine Massendemonstration der Eisernen Front von hincührender Wucht und auch an ihr nahmen vier große Züge kommunistischer und parteiloser Arbeiter teil, so daß der Referent Paul Loebe unter Beifall erklären konnte, es freue ihn, daß auch die SPD mitdemonstrierte. Auch in anderen kleineren Städten kam es in den letzten Tagen vor, daß kommunistische Arbeiter sich in größerer Zahl Demonstrationen der Eisernen Front anschlossen, ohne daß es ihnen einfiele, in der Sozialdemokratie den „Hauptfeind“ zu erblicken und gegen sie zu trafeelen, wie es in den Rezipien der kommunistischen Partei noch immer vorgeschrieben ist.

Die Feststellung dieser Erscheinung soll nicht die Illusion erwecken, als wäre es jetzt unter der drohenden Gefahr des Faschismus schon so weit, daß eine wirkliche Einheitsfront bevorstünde. Doch sie beweist, daß auch kommunistische Arbeiter zu begreifen beginnen, wie verhängnisvoll und tragisch die Spaltung der Arbeiterklasse in dieser geschichtlichen Stunde ist, daß es die törichteste Taktik ist, die kommunistische Partei zu isolieren, sie gegen die anderen proletarischen Parteien einen Krieg führen zu lassen, in dem die Klassenkräfte der Arbeiterchaft geschwächt und zerplittert werden, anstatt einheitslich und geschlossen mit ihnen gegen die verlotterte braune Schutzgarde der Gegenrevolution Front zu machen. In der gegenwärtigen Situation, da die Lebensinteressen der gesamten Arbeiterchaft auf dem Spiele stehen, das Zustandekommen einer ehrlichen Einheitsfront zu verhindern, bei der keiner der Teile seine Gewinnung preisgeben muß, anstatt das Trennende wenigstens vorläufig zurückzustellen und anstatt in vertrauensvoller Solidarität und mit gemeinsamen Kampfmittein dem Todfeind

der Arbeiterklasse entgegenzutreten, ist nicht nur ein Verbrechen am Proletariat im allgemeinen, sondern auch eines an den Interessen der kommunistischen Partei. Soviele begreift auch der nicht vollständig von den Parolen Moskauer verbundene kommunistische Prolet: die 13 Millionen Sozialdemokraten und Kommunisten in Deutschland könnten bei Vereinigung ihres politischen Willens eine Macht sein, vor der der Spuk des Faschismus verfliegen würde und sie würden eine mitreißende Kraft darstellen, die allen Anschlägen gegen Freiheit und Demokratie ein rasches Ende bereiten könnte.

Viewt man die kommunistische Presse, so wird man finden, daß darin mit stereotyper Gleichmäßigkeit immerzu wiederholt wird alles und jedes sei ein „Vertrugsmanöver“ der Sozialdemokratie und mit ihr könne es keine Einheitsfront geben, nur mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Das heißt, diese müßten auf alles, was ihnen Glaube und Heiligkeit ist, verzichten, die kommunistische Partei als unbedingte Führerin erkennen. Verzicht auf eigene Gesinnung, Treue, Charakter und Intellekt, blinde Unterordnung unter die nicht in gegenseitigem Meinungsaustausch erarbeiteten Beschlüsse, sondern unter das Kommando der kommunistischen Zentrale in Moskau — so stellen sich die kommunistischen Führer, die ängstlich darauf bedacht sind, in Moskau keine schlechte Note zu bekommen, weil sonst ihre materielle Existenz in Gefahr kommt, das Zustandekommen der Einheitsfront vor. Sie haben noch eine andere Vorstellung von ihr: sie möchten gemeinsame Kundgebungen veranstalten, aber sie suchen daraus eine Art Sängerkrieg auf der Marienburg zu machen; jeder der Redner, ob nun Sozialdemokrat oder Kommunist, soll reden dürfen, wie er will, wie es ihm die Politik, die Methoden und das Kampfziel seiner Partei vorschreiben und da die Politik der Kommunisten nach wie vor darauf ausgeht, die Sozialdemokratie zu „entlarven“, ihr wenn möglich Anhänger abzugeben, sie mit den Kapitalisten und Faschisten in einen Topf zu werfen und an dem angezündeten Feuer das kommunistische Parteiflößchen zu locken, so kann man sich denken, was dabei herauskäme. Nicht das Bild der Geschlossenheit der Arbeiterfront, sondern ein ergötzliches Schauspiel für die Todfeinde des Proletariats. Ohne die Gewähr dafür, daß gemeinsame Aktionen nicht dazu mißbraucht werden, Bewirtung zu stiften und die Fronten zu vernebeln, ohne vorherige Verständigung beider Parteien über die Voraussetzungen eines gemeinsamen Kampfes, bei dem man auch wissen muß, um was und wie gekämpft werden soll, kann es keine Einheitsfront geben. Und wollen sich die Kommunisten nicht dazu verstehen, diese Gewähr zu schaffen, so beweisen sie damit nur, daß es ihnen nur um ein längst schon wohlbelanntes Manöver zu tun ist, das auch in der Zukunft an der treuen Verbundenheit der sozialdemokratischen Arbeiter mit ihrer Partei scheitern wird.

Nachmals: wir wollen die Teilnahme kommunistischer Arbeiter an den Demonstrationen der Eisernen Front in einzelnen deutschen Städten nicht in ihrer Bedeutung über-

schätzen, aber den kommunistischen Führern sollte sie zu denken geben. Die kommunistischen Arbeiter, die in diese Veranstaltungen kommen, bekommen kein einziges Wort zu hören, das ihre Gefühle und Überzeugung verletzen könnte. Die sozialdemokratische Partei verlangt als Bedingung für die Teilnahme an ihrem Abwehrkampf gegen die Infiltratoren des politischen Mordes, die in Deutschland zur Macht gelangt sind, nicht die Preisgabe der kommunistischen Gesinnung, ihr liegt es auch ferne, zu verlangen, daß sich die Einigung „über die Köpfe der Führer hinweg“ vollziehen möge, sie will eine christliche Verständigung. Im Augenblick der ärgsten Bedrohung der deutschen Arbeiterklasse mit vielleicht jahrzehntelanger Knechtung und

Unterdrückung soll vorläufig nichts anderes geschehen, als den unseligen Richtungsstreit zurückzustellen und die Schürung der Bege gegen die Sozialdemokratie zu unterlassen. Nach glauben wir nicht daran, daß bei der kommunistischen Führung ein solcher Wille vorhanden ist. Vielleicht aber, wie die erwähnten Erscheinungen aus den letzten Tagen andeuten, bei den im kommunistischen Lager stehenden Arbeitern. Angesichts der höchsten Gefahr kann es dann geschehen, daß das den Sozialdemokraten zugedachte und niemals angeflachte an den Kommunisten selber zur Wirklichkeit werde: daß die Einigung sich „über die Köpfe der Führer“ hinweg mit eiserner Logik und elementarer Gewalt vollzieht!

Die Voraussetzungen der Kampfeinheit.

Wichtige Vorschläge aus Oesterreich.

In der „Arbeiter-Zeitung“ schreibt Genosse D. P. nach dem Hinweis darauf, daß heute nicht einmal mehr Zeit zu Erwägungen über die Notwendigkeit der Einheit ist, sondern, daß es zu handeln gilt, u. a. folgendes:

Die kommunistische Partei Deutschlands ist von der Gefahr der Auflösung bedroht. Geschieht dies, wird die kommunistische Partei vor oder nach den Wahlen verboten, werden die kommunistischen Kandidaten an der Wahlwerbung verhindert oder werden ihnen nach der Wahl die Mandate aberkannt — dann hat Hitler im Reichstag die Mehrheit. Dann kann er das Rumpfparlament bestehen lassen, kann, wie ein Horky oder Pilsudski, mit Unterstützung einer erchwundenen Mehrheit regieren wie er will.

Die sozialdemokratische Partei mag vielleicht zunächst noch der Auflösung entgegen. Aber auch für sie und für die Gewerkschaften ist in dem Augenblick, in dem die Verfassung gebrochen, der Schritt über den Rechtsstaat hinaus getan ist, jede Bürgerschaft der Freiheit, jede Sicherheit der Organisation und ihres Wirkens geschwunden. Wenn Verfassung und Gesetz nicht mehr gelten, ist die demokratische, auf dem Boden der Demokratie stehende und für die Demokratie kämpfende Organisation ebenso bedroht wie die antidemokratische der Kommunisten.

Sozialdemokraten und Kommunisten haben also in diesem Augenblick ein unmittelbares gemeinsames Interesse: die unmittelbare Bedrohung durch den gemeinsamen Feind. Sie haben eine unmittelbare gemeinsame Aufgabe: die gemeinsame Abwehr dieser Gefahr.

Republik Spanien gesichert.

Kulturaufbau wird fortgesetzt.

Paris, 8. Febr. „Journal“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem spanischen Ministerpräsidenten Aguirre, der erklärte, daß das republikanische Regime in Spanien nicht bedroht sei. Es hätten zwar Unruhen stattgefunden und es würden sich vielleicht noch weitere ereignen, doch seien dies unummeidbare Erschütterungen, die das Regime selbst nicht gefährden. Der Ministerpräsident ist der Ansicht, daß die ländliche Bevöl-

Wenn es möglich wäre, daß Sozialdemokraten und Kommunisten heute in Deutschland zusammentreten, dann müßten sie unter dem Druck der augenblicklichen Gefahr, unter dem Gebot der geschichtlichen Stunde, eine Vereinbarung treffen, die nicht mehr als folgende Punkte zu enthalten bräuchte:

Die kommunistische Partei erklärt, daß sie für den Fall, daß sie noch vor den Wahlen verboten wird, schon jetzt alle ihre Anhänger auffordert, sozialdemokratisch zu wählen.

Die sozialdemokratische Partei erklärt, daß sie für den Fall, daß die kommunistische Partei nach den Wahlen verboten oder den kommunistischen Abgeordneten die Mandate aberkannt werden, gegen diesen offenen Verfassungsbruch im Einvernehmen mit den Gewerkschaften, alle, auch die äußersten Kampfmittel anwenden wird.

Beide Parteien erklären, daß sie vorläufig bis zur Wahl jeden Kampf gegen einander in der Öffentlichkeit, in Versammlungen und in der Presse einstellen.

Wir wissen, wie schwer es auch dem aufmerksamen Beobachter ist, von außen her eine Situation zu beurteilen. Wir wissen, wie undankbar es auch für den aufrichtigsten Freund ist, dem im Ringen auf Leben und Tod stehenden Kämpfer Ratsschläge zu geben. Wir wagen trotzdem in dieser ersten Stunde ein Wort, von dem wir hoffen, daß sein Sinn und seine Absicht verstanden werde: die Erfüllung internationaler proletarischer Pflicht aus dem tiefsten Gefühl brüderlicher Liebe und sozialistischer Solidarität.

ferung mit der Durchführung der Bodenreform vollkommen zufrieden sein werde und durch diese noch mehr an die Scholle gefesselt werden würde. Die Monarchisten könnten in Spanien eine politische Partei bilden, dürften jedoch keinerlei Komplote zum Zwecke der Rückkehr der Dynastie schmieden. Der Ministerpräsident betonte hauptsächlich die Kulturpolitik der Regierung, die diese trotz bedeutender finanzieller Schwierigkeiten verfolgen. Allein im vergangenen Jahre habe die Regierung 7000 neue Volksschulen errichtet und werde dieses Werk der kulturellen Erhebung des Landes fortsetzen.

Sozialdemokratischer Bürgermeister in Villach.

Stagenfurt, 8. Febr. Die erinnerlich, hatten die Nationalsozialisten durch ihren Erobus von der Sitzung der Gemeindevertretung in Villach die Wahl des Bürgermeisters mehrere Male vereitelt. Erst als einige Nationalsozialisten wegen Bergens gegen die Geschäftsordnung für mehrere Sitzungen ausgeschlossen wurden, konnte die Wahl in Ruhe durchgeführt werden. Es wurden 32 Stimmen abgegeben, davon 16 auf den Namen des Sozialdemokraten Pfeilke, den Direktor der Hauptschule, der damit zum Bürgermeister gewählt wurde.

Im Zeichen der Naturalwirtschaft.

Tabak wird gegen Eisenbahnmateral getauscht.

Sofia, 8. Febr. (Sch. P.-B.) Der Ministerrat genehmigte im Prinzip das bereits gemeldete reichsdeutsche Angebot betreffend den Ankauf bulgarischen Tabaks alter Ernte gegen Eisenbahnmateral und verschiedene Apparate. Insgesamt wird diese Transaktion einen Umsatz von einer Milliarde Lewa erreichen und auf Kompensationswege durchgeführt werden.

Vor der Einigung über das französische Finanzprogramm

Staatsbeamten gegen Gehälterkürzung.

Paris, 8. Febr. Die Pariser Linkspresse spricht die Ansicht aus, daß eine Einigung über die Finanzprobleme der Regierung und dem Finanzausschuß der Kammer diesmal ganz gut möglich sei. Der neue Hauptberichterstatter über das Budget habe eine sympatische Erklärung abgegeben, und auch die Sozialisten haben bekanntgegeben, daß sie diesmal keinen programmatischen Gegenantrag vorlegen würden, sondern nur Abänderungsanträge. Demgegenüber habe sich die Staatsbeamten-Gewerkschaft neuerlich mit aller Entschiedenheit gegen die beachtliche Gehaltskürzung (von 20.000 Franken an) und namentlich gegen die Kürzung verschiedener Zulagen ausgesprochen.

Die norwegische Arbeiterpartei für vollständige Abrüstung.

Ein vom norwegischen Parlament (Storting) eingesetzter Ausschuss zur Unteruchung der Frage einer Reorganisation der norwegischen Landesverteidigung, insbesondere ihrer Kosten, die sich jährlich auf rund 2 Millionen norwegische Kronen belaufen, hat dieser Tage seinen Bericht vorgelegt. Eine Mehrheit, bestehend aus den Vertretern der norwegischen Arbeiterpartei, der größten Partei des Landes, lehnt den Bericht ab. Sie fordert vor allem, daß die gesamte Frage bei den bevorstehenden Herbstwahlen Gegenstand der Entscheidung durch das Volk werde. Die Arbeiterpartei tritt für die vollständige Beseitigung des gegenwärtigen Heeresystems des Landes ein und verlangt seine Ersetzung durch eine Küsten- und Grenzwa che, deren Kosten auf jährlich etwa acht Millionen Kronen geschätzt werden. Die Arbeiterpartei protestiert insbesondere gegen den Vorschlag des gegenwärtigen halbsowjetischen Ministers für Landesverteidigung Quisling, Freiwilligenkorps zur Ausbildung von Offizieren zu unterstützen, und verlangt das völlige Verbot privater oder halbprivater bewaffneter Korps.

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.

Copyright by Hochdreyer-Verlag Berlin. Nachdruck verboten.

War er nicht noch besser daran als sie und litt auf dem Kummelplatz, wo sie sich ebenso zur Schau der Gaffer stellen mußten und überdies eine Flut von gemeinen Anspielungen sich über sie ergoß? Ja, er war besser dran, denn er war immerhin ein Mann, für den die Zuschauerstellung seines Körpers nicht so viel bedeutete wie für eine Frau. Außerdem brauchte er sich nicht einmal zu entkleiden. Und war er nicht besser dran als die Mädchen, die in so vielen Städten an jedem Abend die Oberwachen vornehmer Bürger unterhalten müssen, und später nach beendeter Unterhaltung den vornehmen Chemännern dieser vornehmen Damen „zur Verfügung stehen“ müssen?

Male fand den Weg zu „Onkel Franz“ nicht, und sie wäre doch so gern hingegangen, um dort vielleicht einen Not zu finden. Schließlich kam sie zu einem Entschluß, der ihr von der plötzlichen Hoffnung eingegeben wurde: wenn jemand nicht helfen kann, dann ist es Bertha Lindner in Leipzig. Sie holte ihr Geldtäschchen heraus und überzählte. Das gab den Ausschlag. Sie ging zum Bahnhof zurück und löste eine Fahrkarte nach Leipzig. Von Leipzig versprach sie sich Arbeit und Frieden.

Studentische Scherze als Blüten der akademischen Freiheit.

Biemlich trübsinnig sah Male im buntesten Personengezweige zwischen Berlin und Leipzig. Sie bereute, so übereilt Berlin verlassen

zu haben und bangte vor der Ungewißheit in dem ihr gänzlich unbekanntem Leipzig.

In Bitterfeld knüßte sich auf dem Bahnhof ein Auflauf zusammen. Sanftmütige trugen festgeschwammte auf einer Bahre ein junges Mädchen, in Krämpfen zuckend. Seine gellenden Schreie dezentrierten die vielen Menschen, die an diesem Umstiegsplatz zwischen Berlin und Leipzig ihre Blicke aufsuchten. Male war gleich den anderen Beuten im Abteil an die Fenster geißt, gedrängt von dem schrecklichen Geschrei. Gerade vor ihrem Wagen standen drei junge Herren und gestikulierten im aufgeregten Zustande deutscher Angetrunkheit vor einem höheren Bahnbeamten und einem Polizisten, die sich um die Namensfeststellung der drei bemühten. Die von Menurmarken zerbackten Gesicht der Herrchen und ihre Hoartucht, die nach Art gewisser Busch-negerstämme aus dem völlig kahlschraffierten Kopfe nur vorn über der Stirn einen sorgfältig gepflegten Haarbüschel zeigte, kennzeichneten sie als Verbindungsstudenten. Die beiden Beamten, umringt von einem Kreis empörter Reisender, hatten viele Mühe, die trotz ihrer Besonnenheit mit schnoddriger Arroganz aufstretenden Wurschen zur Anerkennung der Situation zu bringen. Es war nämlich unverkennbar, daß die Menge die Bezechten am liebsten geknallt hätte.

Der Zug rollte weiter, die aus den Bahnhofsräumen dringenden Schreie des Mädchens und die überbesichtige Annäherung der drei Wurschen zurücklassend.

Es handelt sich um drei Studenten der Medizin aus Halle, wie Male aus den erragt durch einander rauschenden Gesprächen im Abteil herauszuhörte. Die jungen Herren waren in Berlin in schon bezweifeltem Zustande in ein Abteil zweiter Klasse eingestiegen, hatten nach dem Zeugnis Mitreisender sofort mehrere Literfalschen geöffnet, fortgesetzt getrunken und sich lärmvoll über aka-

demische Freuden in Halle unterhalten. Sie waren dabei lätzig für die anderen Reisenden geworden, die sich alle aus dem Abteil zurückgezogen hatten. Male hatte in Bitterfeld auf dem Bahnsteige gehört, wie der eine der drei den Beamten gegenüber von einem „harmlosen Studentennuß“ gesprochen und auch etwas von „akademischer Freiheit“ geäußert hatte. Die jungen Herren hatten einen präparierten Totenschädel ausgepackt, ihn mit einer Art Turban gekrönt und auf einen Spagierstiel gespießt. Auf diesem Stiele hielten sie ihn vor das Fenster des Nebenabteils, wo jeder ein junges Mädchen sah, eben jene Unglückliche, die man in Bitterfeld aus dem Zuge getrieben hatte. Sie war über den Anblick des Totenschäpelles furchtbar erschrocken und stieß einen gellenden Schrei aus, der das Dröhnen des Zuges noch überschritt, und brach dann ohnmächtig zusammen. Als das Mädchen wieder zu sich kam, versiel es in Tobsucht und konnte nicht mehr beruhigt werden. Vom Bitterfelder Krankenhaus aus ist es dann in eine Irrenanstalt übergeführt worden.

Die Passagiere entrüsteten sich, weil dieser Studentenscherz das äbliche und zulässige Maß weit überschreite. Male aber schien ein anderes viel fürchtbarer. Diese jungen Leute waren ja Studenten der Medizin, würden also einmal Ärzte werden. Male hatte bisher die Ärzte verehrt. Eigentlich konnte sie nur einen, den Doktor, der sie aus den Klauen des Pollers Jidmann so menschenfreundlich befreit hatte. Aber alle Ärzte mußten doch Menschen sein, die nicht nur mit Güte und Wissen dem Kranken beistehen, sondern auch die Gesunden vor Krankheit bewahren sollen. Was aber waren das für angehende Ärzte, die alleshalber und jäh einen abnungslosen Menschen in den Irrenhaus treiben? Wie kam es, daß auf einer Hochschule, die nach der Meinung des Mädchens doch eine Pfanzstätte der Bornehmheit und Vollkommenheit sein

mußte, Menschen erjogen wurden, die so dunkler Rogenität fähig sind?

Von den Ärzten wundert einem überhaupt nichts mehr. — Im Kriege haben sie Soldaten für gesund erklärt, die schon dreivierteil tot waren. — Heute machen sie's nicht anders, wenn es um die Reute geht. Gesund soll man sein, wenn man als Kranter für das Kriegsgeld oder den Arbeitslohn etwas haben will. — Krankenlohnbeiträge kann man nicht genug bezahlen, aber wenn man zum Arzte kommt, hat man nichts dafür. Da geht es wie in einer Fabrik zu. Hundert werden in der Stunde verarztet, und dann wundern sie sich noch, wenn man nichts mehr von ihnen hält.

Solche und ähnliche Reden schwirrten um Male herum. Sie verstand sie nicht, aber sie fragten sich in ihr fest. Ganz tief aber brannte sich in ihr ein, wie die drei besoffenen Studenten schändelnd die Verantwortung für die Folgen ihres Scherzes ablehnten, während man das winnernde, tobläufige Mädchen durch die unruhige Menge in das Bahnhofsgedäude getragen hatte.

Einzug in die Walfalla.

Es muß ein ungeschriebenes Gesetz geben, nach welchem die Viertel der Armen und Bettelruenen gewöhnlich in der Nähe des Bahnhofes liegen. Und ein zweites, nach welchem es diese Armen und Bettelruenen nach jenem Viertel zieht, wenn sie eine ihnen fremde Stadt betreten.

Als Male in Leipzig die riesigen Hallen des Hauptbahnhofes verließ, ihr bisheriges Zeug in einem Behältnis, das für eine Sandtatsche zu groß und für einen Koffer zu klein war, feuerte sie, ohne zu fragen, der Promenade nach am Rande des Augustusplatzes dem Rospplatz zu. Hinter diesem steht sich in düsteren Gassen und Wäldchen das Leipziger Viertel der Armut und Verkommenheit zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Präsidentenkrise im Gewerbeausschub. Der Vorsitzende Pechman abgesetzt

Prag, 8. Feber. Im Gewerbeausschub des Abgeordnetenhauses kam es heute zu einem offenen Konflikt zwischen dem derzeit der Opposition angehörenden Ausschubvorsitzenden Pechman (tsch. Gew.-Part.) und der Ausschubmehrheit, der nach dem Eingreifen des Kammerpräsidenten schließlich mit der Wahl eines neuen Präsidiums endete, in dem Pechman überhaupt nicht mehr vertreten ist.

Der Ausschub sollte heute die Glühbirnensteuer beraten, die bis morgen beschließet ist und auch bereits auf der Tagesordnung der freitägigen Plenarsitzung steht. Pechman stellte diese Vorlage jedoch erst an vierter Stelle auf die Tagesordnung; vorher standen ein Exposé des Handelsministers, der sich jedoch entschuldigen ließ, die alte Anti-Pato-Vorlage der Gewerbesteuer über den Schutz des Schuhmacherzweiges und die Regelung des Drogistenzweiges. Als Retolický (tsch. Nationalpartei) sofort den Antrag stellte, die Glühbirnensteuer an erste Stelle zu setzen, hielt Pechman eine große parteipolitische Agitationrede, in der er sich dagegen verwehrte, daß die Forderungen des Gewerbeverbandes formwährend ubergangen würden etc. Ihm werde angeblich schon in der Presse vorgeworfen, daß er diese gewerblichen Vorlagen, die mindestens ebenso wichtig seien wie die Glühbirnensteuer, sabotierte; sie müßten daher einmal dringlich verhandelt werden.

Da er keine Zustimmung fand, schloß er die Sitzung — ohne über den Antrag Retolický überhaupt abstimmen zu lassen — mit der Bemerkung, daß er daraus nach einer Beratung mit seinem Klub die Konsequenzen ziehen werde.

Daraufhin stellten 17 Mitglieder der Koalition den Antrag, sofort eine neue Sitzung einzuberufen und die Wahl des Präsidiums sowie die Glühbirnensteuer auf die Tagesordnung zu stellen. Als Pechman nicht darauf reagierte, wurde der Kammerpräsident Stanöl verständigt, der im Sinne der Geschäftsordnung (§ 25, Abs. 2) den Vizepräsidenten Retolický beauftragte, eine neue Sitzung einzuberufen und die Wahl des neuen Präsidiums zu leiten. In dieser Sitzung wurde Retolický zum Vorsitzenden, zu Stellvertretern Petrovický (National-Deut.) und Sedláček (tsch. Sp.) gewählt.

Änderungen an der Glühbirnensteuer?

Daraufhin ging der Ausschub in die Beratung der Glühlampensteuer ein. In der Generaldebatte sagte sich Genossin Kirpal v. a. dafür ein, daß man sich Kontingentshöfen für öffentliche Krankenhäuser und Ambulatorien der Arbeiterklassen von der Steuer und bei den Neon-Röhren, die zu Reflektorbeleuchtung verwendet werden, nur den Preis der Beleuchtung verwendet werden, nur den Preis der Neon Röhren (ohne die Kosten der Montage etc.) als Steuergrundlage nehme. Weiters stellte sich Genossin Kirpal gegen die Bestrebungen, die im § 18 unserer Regierung eingebrachte Ermächtigung zur Festsetzung von Höchstpreisen für Glühlampen zu streichen.

Am Nachmittag beendete der Ausschub auch die Spezialdebatte; vorher hatte sich ein Ziebereconsortium der Koalition mit den vorgeschlagenen Änderungen befaßt. Die Abstimmung wird der Ausschub erst morgen früh vornehmen, da sich heute abend erst noch die Regierung, bzw. die Wirtschaftsminister mit den vorgeschlagenen Änderungen befassen werden.

Diese Änderungen betreffen: die Streichung der Kontingentshöfen aus dem Verzeichnis der steuerpflichtigen Waren, die Herabsetzung der Steuer bei Lampen bis zu 40 Watt von 1,50 auf 1,20 Kč; der Ausfall soll durch Erhöhung der Steuer auf Radiolampen von 5 auf 10 Kronen pro Stück eingebracht werden.

Strittig sind noch einige von den Nationaldemokraten beantragte Änderungen, so die Streichung der Kohlenfadlampen, die Streichung des oben erwähnten § 16 und die Befreiung der Vorlage bis Ende 1934, während in der Vorlage eine Befreiung überhaupt nicht vorsehen ist.

Änderung der Gebührenvorschriften

Rechertrag: 50 Millionen.

Im Senat wurde Mittwoch ein neues Berechnungsgesetz zum Budget, nämlich das Gesetz über die Änderung und Ergänzung einiger Bestimmungen über die Gebühren und andere Ausgaben vorgelegt.

Die Vorlage erhöht die Grenze, bis zu welcher Gebühren durch Stempelmarken zu entrichten sind, durchwegs auf 300 Kronen, und gibt den Finanzämtern das Recht, die Gebühren in Fällen, wo ihre Voranschreibung nicht sofort durchgeführt werden kann (Verzinsungsbücher und Erbschaftsteuer) zunächst provisorisch festzusetzen und zur Bezahlung vorzuschreiben. Weiters wird die Regierung ermächtigt, festzulegen, welche Gebühren künftig sofort zu bezahlen sind, ohne daß — wie bisher — auf die amtliche Voranschreibung gewartet werden müßte. Endlich wird für die Klomafel und Passaportland die aufhebende Wirkung des Referats gegen Gebührevorschreibungen aufgehoben.

Die Vorlage soll die Vereinfachung der Verwaltung der Gebühren und die Vereinfachung der administrativen Akte erzielen. Dadurch, daß gewisse Gebühren früher zahlbar werden als vorher, wird sich auch die Höhe der unentrichteten Gebühren verringern; von der Durchführung dieses Gesetzes erwartet sich die Finanzverwaltung für 1933 einen finanziellen Effekt von 50 Millionen.

Das Gesetz, das gleichzeitig auch künftige Gebührevorschreibungen vereinheitlicht, soll ab 1. April d. J. in Kraft treten.

Harzburg in Bodenbach.

Einigung der sudetendeutschen Reaktion. Arbeitervolk, die Augen auf!

In Bodenbach hat sich Wichtiges begeben; der deutschnationale Abgeordnete Schollisch, bekannt durch sein „Draufhängertum“ und der nationalsozialistische Abgeordnete Knirsch, den Herr Jung bekanntlich von der eigentlichen Führung der NSDAP verdrängt hat, fielen einander in die Arme. Herr Schollisch hat, unter dem Eindruck des Zusammenschlusses der reichsdeutschen Reaktion, ein Rühren bekommen und in einer Versammlung, an der auch Nationalsozialisten teilnahmen, „einen Strich unter die Bergangehen“ gemacht. Ja, er sagte sogar im Namen seiner Partei, daß er die Hand dazu biete, eine neue Entwicklung zu beginnen. Und Herr Knirsch schlug freudig in die dargebotene Rechte; mit den in Freundschaft verkämpften Häuften wurde dem Abgeordneten Hoffold übers Maul geschlagen, der kurz vorher in einem parlamentarischen Ausschub die Nationalsozialisten des nationalen Verrats geziehen hatte und gegenüber den Lokalitätsverkörperungen des Herrn Jung den „unverrückbaren“ und „un(?)verrückten“ Standpunkt der Deutschen Nationalpartei in nationalpolitischen Dingen hervorkehrte.

Nette Auseinandersetzungen hatten sich um diese Stellungnahme abgepielt; die Nationalsozialisten haben sich in die Rolle gedrängt, in die sie die Sozialdemokratie immer so gern bringen wollen; sie mußten sich, die Teutonen Jung und Krebs, gegen den Vorrang des nationalen Verrats verteidigen! Ein erbärmliches Schauspiel war das, das sich z. B. die Arbeiter Kamotaus einmal aus der Nähe ansehen wollten.

Da merkten die Herrschaften, daß es an der Zeit sei, die Friedenspfiffe zu rauchen. „Pach schlägt sich, Pach verdrängt sich“ — so heißt ein altes, wahres Sprichwort. Und da zudem das schöne reichsdeutsche Beispiel so verführerisch lodete, ahnten Herr Knirsch und Herr Schollisch die Harzburger Front nach. Es hat, nach dem Berichte von Augenzeugen, Tränen der Rührung in der Bodenbacher Versammlung gegeben. Selbst der „Zag“ spricht davon, daß Knirsch dem Schollisch „unter dem Jubel der Versammlung“ die Hand zum neuen Bruderkuß gereicht hat.

Bevor wir uns mit den „Lehren“ dieser Bodenbacher Versammlung befassen, die „Der Zag“ den in der Komotauer gewonnenen entgegensetzt, wollen wir einmal auf die politische Bedeutung der teutonischen Verdrückungsgene verweisen.

Herr Hoffold hat gesagt, die Nationalpartei werde „keinen Canossengang nach Prag“ antreten. Kaum acht Tage später trat sie ihn zu der von ihr auf das schwerste beleidigten, zur nationalverräterischen NSDAP an. Dieser kleine Umweg läßt doch die Richtung der deutschnationalen Politik klar erkennen: die Ausöhnung mit der NSDAP bedeutet die Billigung des politischen Vorgehens der Nazis, die Billigung des Canossenganges. Herr Hoffold möge sich das mit Herrn Schollisch oder seiner Partei ausmachen. Wenn er schwärzt, ist der Unernt seiner Kriegsschelte viel rascher offenbar geworden als selbst wir, die wir doch den Politiker Hoffold schon ein wenig zu kennen glauben, erwarteter haben. Hinter den Worten des Herrn Schollisch steht also eine grundlegende Wendung der Deutschen Nationalpartei, die Bejahung der Tschschoslawischen Republik, das Übergehen der Jungischen Lokalitätsverkörperungen. Sollten die Herren von der Nationalpartei das ableugnen, so dürfte keiner von ihnen mit den Führern der NSDAP Ausschwürze tun oder die Partei mühte von dem Herrn Schollisch abdrücken.

Es wird weder das eine noch das andere geschehen. Der Canossengang des Herrn Jung ist so ernst zu nehmen wie seine „Arredenta“ — alles, alles Heuchelei! — und die wackeren Reden von der Deutschen Nationalpartei werden, durch die Vorgänge in Deutschland anneuert, die grundsätzlichen Nationalsozialisten gern als Vorbild für ihre kapitalistischen Bestrebungen

Das Ergebnis der Antarkie.

Wien, 8. Feber. Der Vorstand der tschschoslawischen Handelskammer in Wien beschäftigte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit der Frage der handelspolitischen Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei. Es wurde mit Bedauern konstatiert, daß die Verhandlungen bisher fast zu keinen konkreten Resultaten führten. Inzwischen gehen die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten von Monat zu Monat weiter zurück. Die tschechoslowakische Ausfuhr nach Oesterreich betrug im Jahre 1932 nur 53 Prozent der Ausfuhr des Jahres 1931 und sogar nur 42 Prozent der Ausfuhr vom Jahre 1930. Ebenso ist der österreichische Export nach der Tschechoslowakei zurückgegangen, der im Jahre 1932 nur 53 Prozent der Ausfuhr des Jahres 1931 und nur 36 Prozent der Ausfuhr vom Jahre 1930 betrug. Dieser Rückgang ist keineswegs nur auf die allgemeine Wirtschaftskrise zurückzuführen, sondern ist zum großen Teil durch die Zwangsmassnahmen und Gegenmassnahmen verurteilt, durch welche beide Staaten ihre Wirtschaft in der Krise schützen wollten.

benutzen. Wenn eine Einheitsfront des „Sozialisten“ Hitler mit dem Arbeiterfeind Hugenberg möglich ist — warum sollte man da hierzulande noch weiter nationalpolitisches Geseires machen? Ein Geseires, das doch nur die Arbeiterfeindschaft verdeckt, das man selbst nie ernst nahm? Und außerdem werden alte, schöne Erinnerungen wach (Erinnerungen, deren selbst wir uns nicht erwehren konnten, als wir vor kurzem eine Lebensbeschreibung des „Arbeiterführers“ Krebs im „Zag“ sahen: die Gesellen waren die Hofhände der Vorfahren Schollisch; gewisse Schnorrbriefe, die Herr Krebs schon vor dem Kriege an Industrielle schrieb, sind noch nicht vergessen!) Wir können dem Herrn Knirsch nachfühlen, wie wohl er sich im Kreise seiner lieben alten Freunde gefühlt hat, wie wohl es ihm ist, dem alten kapitalistischen Herzensbruder so recht freundschaftlich die Hand schütteln zu dürfen.

„Der Zag“ meint, mit einem Hinweis auf die Komotauer Versammlung, die Bodenbacher Versammlung habe bewiesen, daß eine politische Auseinandersetzung auch ohne Kauferei möglich ist. Nun, den Beweis für die Allgemeinheit dieser Behauptung sind just die Nazis bis jetzt schuldig geblieben.

Daß sie aber die Auseinandersetzungen mit den in der Nationalpartei vereinigten Kapitalisten schon immer in freundschaftlichem Geiste führten und noch nie gegen sie tätllich wurden, das wollen wir ihnen gern beiseiteziehen.

Wenn es gegen die Arbeiter geht, dann, so dann kennen die Nazis solche „Sozialität“ nicht. Denn die Arbeiter sind ja keine so wertvollen Volksgenossen wie die edlen und reichen Herren Fabrikanten. Gegen die Proleten ist der Terror am Werke und die Nazis haben auch nie gezögert, ihn einzusetzen, wenn sie nur halbwegs konnten. Und in Komotau haben sie die politische Auseinandersetzung deren Möglichkeit „Der Zag“ jagt, selbst durch unerhörte Provokationen beendet, die auf eine Auflösung der Versammlung angelegt waren.

Die Methoden der marxistischen Gegner bebogen dem „Zag“ nicht. Nun, wir haben gegen den Nationalsozialismus vor allem geistige Waffen, denen er allerdings nicht gewachsen ist. Und die Methoden, die er meint, haben die Nazis erst bei uns eingeführt: das Prügeln und Propagieren. In Deutschland, wo ihre „geistige“ Entwürdigung schon etwas weiter gediehen ist, sind es der brutale Mord, das Abschlechten der Arbeiter, der Fremdenmord.

Die Verdrückung des Herrn Schollisch mit dem Herrn Knirsch, der immerhin zweiter Vorsitzender der NSDAP ist, ergänzt das Bekenntnis, das Herr Jung vor kurzem zu Hitler und seiner blutigen Politik abgelegt hat. Was Hitler tut: alle Morde, die auf sein Gewissen kommen, alle Rindertroch, die er gegen die deutschen Arbeiter anwendet, all das wird von unseren Nationalsozialisten gutgeheißen. Und in dem engen Rahmen, der ihrem Wirken hierzulande gesteckt ist, wollen sie das Vorgehen ihrer reichsdeutschen Brüder kopieren:

der erste Schritt ist die Ausöhnung mit den schärfsten Feinden des Proletariats, der zweite die „Warnung“ an die Arbeiter, sich gegen die Knüppelmethoden der Nazibanditen ja nicht entsprechend zu wehren.

Und unsere Antwort? Nun heran, Genossen, an den gelben Feind, der sich in den letzten Tagen wieder entküllte! Heran an die Front der sudetendeutschen Harzburger, deren Herz vor Freude springt, wenn in Deutschland Arbeiter gemordet werden, wenn die Demokratie, wenn die Freiheit gemündelt wird! Schenkt den Herren nichts, greift an! Der Bodenbacher Müttischwur der sudetendeutschen Reaktion ist ein Mahnruf an euch!

Sitzung des Landesausschusses. Der Landesausschub für Böhmen erlebte in seiner Sitzung vom 8. Feber neben einer Reihe von laufenden Angelegenheiten die Budgets von 342 Gemeinden und 64 Bezirken und bewilligte 72 Gemeinden die Einhebung verschiedener Abgaben und Gebühren. Weiters beschloß der Landesausschub von dem für Bezirke und bewilligte 72 Gemeinden bestimmten Gesamtbetrag von 848 Millionen Kronen 56 Prozent, d. i. 475 Millionen den Bezirken und 44 Prozent, d. i. 373 Millionen den Gemeinden zuzustellen. Schließlich beschloß der Landesausschub, allen allgemeinen öffentlichen Krankenhäusern und insbesondere allen Anstaltsärzten zu empfehlen, ihre Dienste freiwillig zu Gunsten der gegenwärtigen Arbeitslosenaktionen zur Verfügung zu stellen und allen Krankenhäusern, welche Ambulatorien zur Heilung arbeitsloser Personen errichten, eine besondere Bedeckung für die Personal- und Sachausgaben in Aussicht zu stellen.

De Valera Vorsitzender der irischen Regierung.

Dublin, 8. Feber. De Valera wird außer dem Vorsitz in der Regierung auch das Amt des Außenministers übernehmen.

Der internationale Frauentag findet am 12. März statt.

Budget im Senat vorgelegt.

Heute erste Sitzung des Budgetausschusses.

Prag, 8. Feber. In der heutigen Senatsitzung wurde das Budget für 1933 aufgelegt und dem Budgetausschub mit einer Frist bis Ende nächster Woche zugewiesen. Nach den getroffenen Dispositionen wird der Ausschub bereits morgen früh mit der Debatte beginnen und sie täglich bis Ende nächster Woche fortsetzen. Allerdings dürften in der nächsten Woche Dienstag, bezw. Mittwoch wegen des Denkmalgesezes auch zwei Plenarsitzungen des Hauses notwendig sein; dieses Gesez soll nämlich bis zum zehnjährigen Todestag Dr. Rákos am 18. d. M. fertiggestellt sein.

Am Montag, den 20. d. M., wird der Ausschubbericht über das Budget im Plenum aufgelegt werden; die Debatte soll im Plenum Dienstag, den 21. d. M., beginnen und Freitag, den 24. d. M., abgeschlossen werden. Generalberichterstatter ist wie früher der Agrarier Stodola.

Im Plenum des Senats hielt der Vorsitzende dem verstorbenen Senator Pöhm (Ung. Christlichos.), dem jüngsten Senatsmitglied, einen Nachruf. Dann leistete der Nach-

Weißer Zähne: Chlorodont

folger des verstorbenen Senators Sabll, Jan Měchura (tsch. Agrarier) sowie der ungarisch-nationale Josef Kerejszury als Nachfolger Dr. Großschmids, der auf sein Mandat verzichtet hat, die Angelobung.

Exposé des Finanzministers.

Die Vorlage des Budgets begleitete der Finanzminister mit einem kurzen Exposé, das in den Hauptzügen mit seiner anlässlich der Budgetvorlage im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede übereinstimmte. Die Debatte über dieses Exposé wird mit der Budgetdebatte im Plenum vereinigt werden.

Trapl beauftragte sich eingehend mit der Auswertung der Krise auf das Budget, mit den Schwierigkeiten bei dessen Zusammenstellung und mit den bereits im Vorjahr eingeleiteten energischen Sparmassnahmen. Bedauerlich gestalte sich nur die Lage der staatlichen Unternehmungen, die im Vorjahr ein Defizit von rund einer Milliarde aufweisen (den Reingewinn der Tabakregie nicht eingeschne!). Dagegen bewegten sich die Steuereinnahmen im Vorjahr nach den vorläufigen Ziffern ungefähr auf der Höhe des Voranschlages. Ueber die Ziffern des Voranschlages für 1933 können die Einnahmen kaum mehr gesteigert werden, so daß nur der Weg der weiteren Herabsetzung der Ausgaben übrig bleibt.

Die ausstehenden Meldungen über die Verluste in den Banken bezeichnet der Minister als tendenziös übertrieben; die Ausschütt. die den Banken im Vorjahr gewährt wurde, habe sich auf die Aktion beschränkt, die im Voranschlag für 1933 durch den Rest von 20 Millionen vorgesehn ist, darin ist auch die Hilfe für die Anglo- und die Prager Kreditbank eingeschlossen.

Ueber die Zinsfremdweisung lauteten Trapls Ausführungen noch genau so orakelhaft wie alle vorausgehenden Erklärungen von Regierungsseite über dieses Thema.

Bei Besprechung der Investitionsaufsichte stellte Trapl mit Befriedigung fest, daß es mit vollen Erfolg gelungen sei, die zum 1. Feber fälligen Schatzscheine zu prolongieren; in beträchtlichem Maße seien auch neue Kassenscheine gezeichnet worden.

Die eigentliche Tagesordnung bildeten zwei Immunitätsangelegenheiten. Ausgefessert wurde Lokota (Kommunist), weil er im April 1932 bei einer Demonstration die Anwesenden aufgefordert haben soll, sich ohne Furcht gegen die Gendarmen zu stellen.

Die Heilfürsorge für Arbeitslose.

Großer Erfolg der Aktion.

Die vom Ministerium für soziale Fürsorge unter Mitwirkung des Gesundheitsministeriums ins Leben gerufene Heilfürsorge-Aktion für Arbeitslose und deren Familienangehörige nimmt, dank dem Verständnis, das ihr von allen Faktoren der öffentlichen und freiwilligen sozial-gesundheitslichen Fürsorge sowie von den Letzte-Organisationen entgegengebracht wird, eine überaus erfreuliche Entwicklung. Obwohl die einschlägigen organisatorischen Richtlinien den Bezirksbehörden vom Ministerium für soziale Fürsorge erst Anfangs Jänner 1933 zugestellt wurden, haben sich bis Ende Jänner 1933 bereits 165 Bezirkskomitees für diese Heilfürsorge gebildet, die ihre Tätigkeit zum allergrößten Teile bereits aufgenommen haben und sehr gedeihlich wirken. Es ist überaus erfreulich, daß diese Aktion in der ganzen Oesterreichlichkeit überaus große Sympathien gefunden hat.

Tagesneuigkeiten

Ein ganzes Geschwader gegen „Jeben Provinzien“.

Batavia, 8. Februar. Die Marineleitung zieht zur Zeit ein Geschwader zusammen, das heute den Kreuzern des Panzerkreuzers „Jeben Provinzien“ entgegenzuziehen soll. Der Panzerkreuzer nähert sich der Insel Siberut, westlich von Sumatra. Er wurde heute früh westlich von der Seeboomer Meerenge beobachtet.

Englischer Rekordflug nach Afrika.

London, 8. Februar. (Reuter.) Die britischen Flieger Gaffard und Richards befinden sich gestern um 22 Uhr 200 Kilometer nordöstlich von Boma in Westafrika. Sie haben bisher etwa 6400 Kilometer Flugroute zurückgelegt und haben den britischen Fernflugrekord von 3948 Meilen überboten.

Deute früh wird aus Kapstadt gemeldet, daß der britische Cindeder heute um 8 Uhr früh 43 Meilen südöstlich von Denguella gestrichelt wurde.

Die britischen Flieger überboten mit ihrem britischen Militäreindeler den Weltrekord im Fernflug ohne Zwischenlandung, als sie Porto Alexandre auf portugiesischem Gebiet überflogen. Den inredelstehenden Rekord erzielten die Amerikaner Boardman und Polando, die am 30. Juli 1931 aus den Vereinigten Staaten nach Istanbul geflogen waren.

In 3 1/2 Tagen von London über die Sahara nach Brasilien.

London, 8. Februar. (A.N.) Der britische Flieger Mollison ist in Villa Cisneros, im spanischen Sahara teil, gestern nachmittags gelandet und will heute von der afrikanischen Küste in der Nähe von Dakar zum 2000-Meilen Flug über den südlichen Atlantik nach Port Natal in Brasilien starten. Mollison rechnet mit einer gesamten Flugdauer von dreieinhalb Tagen. Von England startete er Montag um 8 Uhr früh morgens.

Abrüstung ...

London, 8. Februar. Die Admiralität wird demnächst auf Grund des Mariniprogrammes 1932 Aufträge auf drei Kreuzer, einen Flottillenführer, acht Zerstörer und zwei Scholuppen erteilen.

Von der Gattin erschlagen.

Mannheim, 8. Februar. Der 40 Jahre alte Schlosser Martin Gader aus Lugschachfen wurde heute im Verlaufe von Zivilklagen von seiner Ehefrau erschlagen. Frau Gader wurde verhaftet.

Ein furchtbarer Doppelmord.

Wipperfurth, 8. Februar. Auf dem in Westfälischen liegenden Gutshof Engstfeld ereignete sich heute früh eine schwere Mordtat. Der 49jährige Schwiegerohn der Besitzerin des Gutes erschlug mit seinem Jagdgewehr den 50 Jahre alten Stallknecht Parvato. Darauf senkte er noch einen Schuß gegen die Frau des Mörders, durch den diese schwer verletzt wurde. Die Frau wurde sofort im Krankenhaus operiert, ist aber noch nicht vernehmungsfähig. Der Täter wurde in seinem Schlafzimmer festgenommen und dem Amtsgericht in Halber zugeführt.

Der Traum des Spiekers. Unfähig zu eigener Politik, ohne Programm und Ziel, hat der Durchschnittsbürger deutscher Junge von jeher mehr vom Wunder, denn von seiner politischen Kraft erwartet. Im alten Oesterreich schimpfte er auf die Tschechen und Serben und wartete jahrzehntelang auf den Befreiungskrieg, der ihn einer Gottheit gleich machen sollte. Als der glorreiche Weltkrieg da war, glaubte er mehr an die Tüchtigkeit der Verbündeten und das Bündnis mit Gott, als an seine eigene Tapferkeit und nach dem Zusammenbruch des Krieges wartete er von Monat zu Monat auf neue Wunder, die ihm das verlorene Vaterland zurückbringen sollten. Sie blieben aus und fast hätten sich die klügsten der unbeschränkten Bürger unter den geänderten Verhältnissen zurechtgefunden, wenn nicht in Deutschland der Scharlatan Hitler aufgetaucht und in einer Zeit geistiger und materieller Zerrüttung massenhaft Anhänger gefunden hätte. Lange bevor Hitler und seine Chargierten zu politischer Macht gelangten, räumten sich die Spieker hinter den Biergläsern hoffnungsvoll zu, der Nationalsozialismus werde auch in den ehemals österreichischen Ländern wieder Ordnung machen und die neuen Einrichtungen, die nichts als Lasten für den Bürger gebracht haben, beseitigen. Er werde der Unterdrückung der Deutschen ein Ende bereiten. Das war für sie eine sehr bequeme These, die von allen, die von bürgerlicher Denkart befallen sind, gerne übernommen wurde. Sie wurde in den Julitagen des Vorjahres, als Hitler vor den Toren Berlins stand, eifrig propagiert, bildete den Erfaß für den politischen Kampf, den andere Parteien auf eigene Kosten führen mußten. Nun aber ist Hitler unter der Vorkaufschaft Eugenbergs und Papens Gewaltthater im Deutschen Reich

Erdbeben in Baden.

Starke Erschütterung von 20 Sekunden Dauer. — Hauslamina eingestürzt. Menschen zu Boden geworfen.

Karlsruhe, 8. Februar. In der ganzen Stadt verspürte man heute um 8 Uhr einen leichten Erdstöß. In allen Teilen der Stadt wandten in den Wohnungen die Möbel. Der Erdstöß wurde auch in ganz Oberbaden verspürt. Er dauerte mindestens 20 Sekunden und löste starke Erschütterungen aus. In Mülheim war deutlich eine etwa 20 Sekunden dauernde Wellenbewegung bemerkbar. Sehr stark hat das Beben Rastatt mitgenommen. Der Erdstöß war so heftig, daß in den Wohnungen das Mobiliar ins Wanken geriet, der Kalk von den Wänden fiel und etwa 50 Hauslamina einstürzten. Verschiedene Häuser weisen Risse auf. Zwei Wohnhäuser mußten wegen Einsturzgefahr geräumt werden. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

Der Erdstöß hat in der Bevölkerung der betroffenen Orte große Aufregung verursacht. In Rastatt, wo er sich am heftigsten auswirkte, stürzte alles auf die Straße.

mehrere Leute sprangen durch die Fenster und viele wogten sich noch um 10 Uhr nicht in ihre Wohnungen zurück.

da sie ein zweites Beben befürchteten. In einzelnen Häusern und Betrieben wurden Menschen zu Boden geworfen.

Zahlreiche Fensterscheiben und große Schaulfenster gingen in Trümmer. Die Auslagen der Kaufhäuser, in denen Artikel der Weißen Woche ausgestellt waren, gerieten vollständig durcheinander. Das Industriegebiet dagegen blieb im großen und ganzen verschont. Besonders schwer aber waren die Auswirkungen des Bebens rechts von der Murg. Im ersten Augenblick glaubte man, es mit einer Explosion im Glaswerk zu tun zu haben. Glascheiben und Ziegeltrümmer der eingestürzten Kamine bedeckten die Straßen. Die Schulen haben den Unterricht eingestellt.

Auch in der Umgebung von Rastatt wurden große Schäden angerichtet. So ist in Detigheim das Rathaus und in Steinmouren das Schulhaus beschädigt worden. In Duppelheim stürzte ein Kreuz von der Kirche.

Nach den seismographischen Aufzeichnungen liegt der Herd des Bebens südlich bis südöstlich von Karlsruhe in einer Entfernung von nicht mehr als 50 Kilometern.

geworden. Er fängt an, die Marxisten „unschädlich“ zu machen; das allein genügt, um bei den Spiechern Erfolg zu haben und sie hoffen zu lassen. Er wird ein neues mächtiges Deutschland schaffen, es mit Feuer und Schwert beschützen und Krieg gegen alle Fremdlinge der deutschen Lande führen. Er wird, was liegt denn näher, auch den Deutschen der Tschechoslowakei seinen Schutz angedeihen lassen. Auf Konto dieser Hoffnung werden die Anhänger vormärzlicher Zustände frecher denn je. Man muß jetzt nur eine deutsche Kleinstadt besuchen, um den Geist, der da herrscht, zu erfassen. „Heil Hitler!“ ist so heimlich geworden, wie das „Grüß Gott“ nach dem Kriege. Sozialdemokraten werden auf der Straße angerepelt und Drohungen aller Art werden gegen sie ausgestoßen. Ohne Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse glauben diese Burchen wirklich, daß der Nationalsozialismus ganz Mitteleuropa heimlich und alles was nicht stramm deutsch ist, vernichten werde. Diese Stimmung ähnelt sehr stark dem Siegesrausch, dem sich die Spieker während des Krieges hingaben und aus dem sie beim Zusammenbruch des Weltkrieges auf schreckliche Weise erwachten. Auch dem Taumel, der sie momentan erfährt hat, werden sie wieder entrisen werden. Allerdings nicht so, wie es sich die meisten der Schreier jetzt vorstellen. Auch dem nationalen Aufstieg folgt die Reaktion, die gleichbedeutend mit neuem Druck auf die Deutschen und Niedergang der Kultur ist. Daran mögen die Hitlerjünger, ob alt oder jung, denken, wenn sie sich jetzt einer Psychose ergeben, die wohl die Abenteuer- und Sensationslust untreuer Menschen befriedigen kann, aber dem Fortschritt nicht im geringsten dient. Sie mögen sich vor allem hüten, die Kampfmethoden ihrer reichsdeutschen Artgenossen gegen die Sozialdemokraten hierzulande in Anwendung zu bringen, sonst werden sie früher als es geschichtlich notwendig wäre, den Rückschlag zu spüren bekommen. Das immer auch in Deutschland kommen möge, Diktatur der Besitzenden über die Arbeiterklasse, politische Rechtslosigkeit und Terror, — an den Grenzen der Tschechoslowakei finden die Gewaltmethoden der Dikter, Papen und Eugenbergs ein Ende und jeder Versuch, sie gegenüber der deutschen Arbeiterchaft in den deutschen Gebieten anzuwenden, wird auf unüberwindlichen Widerstand und entsprechende Abwehr stoßen.

heute: Unbeständig, strichweise Niederlageneinigung, in den tieferen und mittleren Lagen Taumel, auf den Bergen leichter Frost, Wind aus südwestlichen Richtungen.

Die Brünniger Polizei klammert sich. Vor ungefähr zwanzig Jahren hat Jaroslav Hauschek, der Verfasser des berühmten Buches „Der brave Soldat Schwejdl“, eine Humoreske gegen die k. k. österreichische Justiz geschrieben. Dieser Tage wollte ein tschechischer Schauspieler anlässlich des zehnten Jahrestages des Todes Hauscheks diese Humoreske in Brünn vortragen. Die Polizeidirektion Brünn hat die Vorlesung dieses Werkes verboten, das vor dem Kriege von den österreichischen Behörden unbeanstandet geblieben war, mit der Begründung verboten, daß die Humoreske den Todebestand einer strafbaren Handlung darstelle.

Ghandis Frau zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Das Polizeigericht in Borko verurteilte Frau Ghandi, die Gattin des Mahatma, wegen Nichtbefolgung der Geleise und Nichtbezahlung der Steuern zu sechs Monaten Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 500 Rupien, bzw. im Nichterzahlungsfalle zu weiteren sechs Wochen.

Ueberfall auf Dr. Rose Keller fingiert. Auf Grund des gesammelten drückenden Beweismaterials ist es gelungen, die Schriftstellerin und Chemikerin Dr. Rose Keller zu dem Geständnis zu bringen, den ganzen Raubüberfall am 4. Februar im Laboratorium der Arbeiter-Krankenkasse fingiert zu haben.

Der internationale Faschismus. Unter diesem Titel haben die tschechischen Sozialdemokraten Genossen Cechawel, Janlovec, Samal, Pasaq und Polka eine Broschüre herausgegeben, in der der Faschismus in den verschiedenen Ländern dargestellt und die Gefahren geschildert werden, die daraus für die internationale Arbeiterklasse hervorgehen.

Die Heimat der Brüder Rotter. Die flüchtigen Berliner Theaterdirektoren, die Brüder Rotter, haben sich in Liechtenstein niedergelassen, wo sie noch einer Mitteilung der dortigen Regierung seit Oktober 1931 eingebürgert sind. Liechtenstein liefert seine Staatsbürger zwar nicht aus, kann sie aber vor der Ergreifung, wenn sie seine eng gezogenen Grenzen verlassen, auch nicht schützen. Die Berliner Staatsanwaltschaft stellt durch Hausdurchsuchungen und Vernehmungen Ermittlungen darüber an, wie es den Brüdern Rotter möglich gewesen ist, Deutschland zu verlassen und ihre „Heimat“ zu erreichen. Die Brüder Rotter haben sich vermutlich weniger aus Furcht vor dem Staatsanwalt, als aus steuerlichen Gründen in Liechtenstein für den üblichen Gegenwert von 20.000 Franken Schweizer Währung eingebürgern lassen, denn das 157 Quadratkilometer große Land, das keinerlei Militär und nur vier Mann Polizei hat und dessen Regierung, Landtag, Gericht, Standesamt, Gefängnis und Finanzamt in einem einzigen Gebäude untergebracht sind, zeigt sich begrifflicherweise in geldlicher Hinsicht nur wenig anpruchsvoll: auf eine Million Schweizer Franken Kapital kommen jährlich nur 3600 Franken Steuern.

Konferenz polnischer und ukrainischer Sozialisten. Am 29. Jänner fand in Lemberg eine gemeinsame Konferenz der Vertreter der Sozialistischen Partei Polens (P. P. S.) und der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei statt. Die Konferenz konstatierte einstimmig die Notwendigkeit einer ständigen und organisierten Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien, deren Ansichten über die gegenwärtige Situation und über die unmittelbaren Aufgaben des Sozialismus grundsätzlich übereinstimmen.

Blutprobe auf Alkohol. 33 Prozent aller Verkehrsunfälle in Deutschland sind auf das Schuldunk des Alkohols zu setzen und auch bei uns liest man fast täglich über Verkehrsunfälle durch angeheiterte Fahrer. Wie das Sekretariat des Verbandes der deutschen Kraftfahrzeug-Überwachungsvereine mitteilt, wird die Polizei nun im Stande sein, durch Blutproben den Grad der Alkoholvergiftung festzustellen. Dem Münchner Chemiker Joseph Koller ist es gelungen, auf dem Wege der Mikrodestillation die geringste Menge Alkohol im Blute nachzuweisen.

Selbstmord eines Längerdienenden. Dienstag nachmittags verübte der Rechnungsabrechnermeister Karl Brada vom 36. Infanterieregiment in Ungvar Selbstmord. Schon vor drei Wochen hatte er seiner Familie und vor einer Woche beim Rapport diesbezügliche Andeutungen gemacht. Dienstag schloß er sich im Regimentsmagazin ein und löste sich durch einen Schuß aus dem Dienstrevolver in die rechte Schläfe. Vorher hatte er sich auf den Boden gelegt und während der Tat schaute er in den Taschenspiegel. Die Urach: des Selbstmordes ist noch unbekannt. Doch dürfte — zumindest noch einem amtlichen Bericht — dieser mit dem Dienste in keinem Zusammenhang stehen. Brada war 40 Jahre alt. Er hinterläßt eine Witwe und zwei kleine Kinder.

Unbeständig, regnerisch. Der Osten des Staates blieb in den letzten 24 Stunden trocken, während in der Westhälfte der Republik und namentlich in Böhmen neuerdings Niederschläge eingetreten sind. Nur auf den allerhöchsten Berggipfeln ist etwas Schnee gefallen, während die tieferen und mittleren Lagen vorwiegend Regen haben. Der Zustuß milder Luft aus dem Südwesten dürfte an Stärke zwar nachlassen, doch ist eine erhebliche Weiterentwicklung noch nicht wahrscheinlich. — Die Temperaturen in Prag betragen gestern: Um 8 Uhr 4,2, das Minimum der letzten Nacht 4,5 Grad. Wahrscheinliches Wetter

Bestellungen für die Frauentagsheftnummer!

Die „Gleichheit“ erscheint anlässlich des Frauentages als Festnummer so wie im vergangenen Jahre in vergrößertem Umfang. Die „Gleichheit“ wird zum Preise von K 1.— abgegeben, den Bezirksorganisationen räumen wir einen Rabatt von dreißig Prozent ein. Bestellungen sind bis längstens zum 15. Februar 1933 an die Verwaltung der „Gleichheit“ nach Prag II., Reizantka 18, zu richten.

Da die Höchstkonzentration des Alkohols im Blut etwa nach 1 1/2 Stunden einsetzt und erst nach 15 Stunden abklingt, kann noch stundenlang nachher festgestellt werden, ob der Fahrer unter dem Einfluß des Alkohols stand, als der Unfall verursacht wurde; und nach dem Stand des Alkoholspiegels, — auch der nüchterne Mensch hat etwa 0,01—0,02 Prozent Alkohol im Blut — kann das Stadium des Rausches ermittelt werden. Bei ein Prozent beginnt schon eine Erhöhung der Unfallgefahr. Es ist bekannt, daß schon kleine Mengen alkoholischer Getränke genügen, um die Sicherheit des Fahrers zu beeinträchtigen. Versuche, die zur Zeit am Justizrat für industrielle Psychotechnik in Berlin durchgeführt wurden, ergaben, daß die Reaktionszeit (d. i. die Zeit zwischen der Wahrnehmung eines Ereignisses und der Ausführung einer zweckentsprechenden Handlung) verlängert, die Leistungen vermindert, die Aufmerksamkeit vermindert wird. Durch Tabakrauchen wurde die Alkoholvergiftung bei den Versuchspersonen noch verstärkt. (In Prag gab es im Jahre 1932 9740 Verkehrsunfälle mit 52 Todesopfern. U. S. A. befrist [1931] 26.532.799 Kraftwagen aller Art; 997.600 Unfälle mit 34.400 Todesopfern; England mit 1.523.628 Wagen, 202.119 Unfälle mit 6.691 Todesopfern; die Aufhebung des Alkoholverbotes in U. S. A. wird ebenso wie in Kanada eine Vermehrung der Unfälle im Gefolge haben.)

Liebestragödie. Der 20jährige Metallarbeiterlehrling Franz Meier aus Gabitz, Bez. Burkersdorf (Oesterreich), hat Dienstag abend die neunzehnjährige Henriette Eisinger in einem Walde nächst Gabitz wegen ausichtsloser Liebe, vermutlich mit deren Einverständnis erschossen und sich dann selbst erschossen.

Kümmernisse der Türken. Am 4. Februar fand es in Konstantinopel zu einer stürmischen Demonstration gegenüber der Entscheidung, nach welcher die Kurzen ihre Gebete in der modernen türkischen Sprache verkünden müssen. Einige Agitatoren beriefen eine große Volksmenge zu einer Versammlung in die Straße vor dem Gouvernementsgebäude ein. Die Polizei zerstreute die Volksmenge und verhaftete einige Agitatoren.

Eine Fischerbarke gesunken. Aus Doulogue-sur-Mer wird gemeldet, daß in der Nähe der Küste die Fischerbarke „Sainte Germaine“ untergegangen ist. Von der achtzigbürtigen Besatzung konnte sich nur ein Mann retten.

Seltsame Todesahnung. Der in Japan ermordete frühere Minister Jusko Ozaki hat auf merkwürdige Weise seinen Tod vorausgesehen. Ozaki hatte vor einiger Zeit Japan verlassen, da er als Demokrat den gegenwärtigen nationalistischen Kurs in der Heimat nicht mitmachen wollte. Er ließ sich in England nieder, um von dort aus für eine verständlichere Politik Japans und für eine Verständigung mit England und den Vereinigten Staaten von Amerika einzutreten. Durch diese Propaganda zog er sich die Feindschaft eines Teiles seiner Landsleute zu. Man warnte ihn, nach Japan zurückzukehren — er aber antwortete in einem an seinen Sohn gerichteten Brief: „Für einen Staatsmann gibt es keinen schöneren Tod als der durch mörderische Hand seiner Gegner. Jeder mutige Politiker muß eines solchen Ehrentodes gewärtig sein. Ich wechle in der Heimat stehen meine Mörder schon bereit. Kaum war der 75jährige Politiker in Japan gelandet, als er einem Mordanschlag zum Opfer fiel. Bevor er seinen Geist aussandte, teilte er seinem Sohn noch mit, wo er eingehende Aufzeichnungen über Pläne zur Reform des japanischen Hinterlassenschaft des ermordeten Staatsmannes in Japan großes Interesse entgegen.

Der Hersteller der 100-Schilling-Panknoten falkillate, welcher dieser Tage in Freistadt und in Liebenau entdeckt wurde, wurde Mittwoch den 8. ds. ausgeforscht und verhaftet. Es ist ein 16jähriger Hirte aus Liebenau, der die Falschfälsche mit der Hand zeichnete und bemalte. Er verfertigte im ganzen 6 Falschfälsche, von denen zwei entdeckt wurden. Das fünfte wurde noch bei ihm gefunden und das sechste, das gelungenste von allen, befindet sich noch im Umlauf.

- Vom Rundfunk
- Empfehlenswertes aus den Programmen
- Freitag
- Prag: 6.15 Symphonie, 11.00 Schallplaten, 12.20 Deutsche Sendung, 19.20 Sargophonkonzert, 19.45 Orchesterkonzert, 21.00 Rante Stunde, 21.20 Klavierkonzert. — Brünn: 18.10 Orchesterkonzert, 18.25 Deutsche Sendung — Berlin: 21.00 Unter der Dultentage — Dresden: 21.00 Töne und Bilder. — Wuppertal: 20.00 Volksständisches Konzert. — Königsberg: 21.00 R. Wagner-Musik. — Langenberg: 20.00 Ostlicher Thwan. — Gießen: 19.20 Orchesterkonzert — München: 21.20 Kammermusik. — Wien: 19.55 Oesterreichische Kompositionen.

PRAGER ZEITUNG.

Kunst und Wissen

Ring-Abonno: Rheingold 18. Feber (S. 1) - Walküre 19. Feber (S. 1) - Siegfried 24. Feber (S. 2) - Götterdämmerung 4. März ...

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiterchwimmer als Lebensretter.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) hat soeben einen Bericht über den Arbeiter-Wasserrettungsdienst in Deutschland im Jahre 1932 herausgegeben.

Montag zu Richard Wagner's 66. Todestag: „Der fliegende Holländer“.

Opern-Aufführung im Nationaltheater. Der „Paradiesgärtlein“ ist ein Opernballet nach dem gleichnamigen Märchen von Andersen.

Hohepriesterplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag 8 Uhr: „Ein Märgergarten“.

Hohepriesterplan der Kleinen Bühne. Donnerstag 8 Uhr: „Der Sonnenstein“.

Heute Chor- und Orchesterball im Palais Radio.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Öffentlicher Vortrag Wandlungen des Klassenkampfes in der Krise.

Die unersättliche Arbeit, die die Rettungsmannschaften des ATSB auf den Wochstationen leisten, läßt sich zahlenmäßig nicht festlegen.

Inerträglicher Steuerdruck befaßt die österreichischen Arbeiter-Sportorganisationen. Die Warenumsatzsteuer von Wettspielen ist auf das Doppelte erhöht.

Bürgerlicher Sport.

Die FIS-Rennen wurden am Dienstag mit dem 40-Kilometer-Stoffellauf fortgesetzt.

Blag in 3:08:24. Von 13 gemeldeten Verbänden beteiligten sich nicht daran. - Mittwoch gelangte der alpine lombardische Abfahrtsklub für Frauen und Männer zum Austrag.

Wasserkatzen Ringers schlagen am Dienstag im Prager Winterstadion eine Auswahlmannschaft.

Der Film

Wie lag ich meinem Mann? Das ist allerdings eines der breitensten und interessantesten Probleme, zu denen so ein wehrlich sorgfältig gemachter Film Stellung nehmen muß.

Bei diesem Meier ist es natürlich sein Lebensinteresse, die direkten Annahmen nicht aufzulösen, was systematisch in Wort und Bild geschieht.

Kriminalisten und Reporter. Eine ganz einzigartige Schilderung des Broadway zeigt die hohe Stufe der Photographie von Reporterin der Fox-Film-Co.

Vereinsnachrichten

Allg. Angestellten-Verband Reichenberg. Ortsgruppe Prag und Jugendsektion. Besuch des neuen Postmuseums am Sonntag.

Aus Schmetterlingen werden Raupen

Schon als Kinder staunten wir über die Tatsache, daß in sehr kurzer Zeit aus einer Raupe eine Puppe und aus dieser wiederum ein Schmetterling wird.

Blag für ihn zurecht konstruiert, auf dem der Gute sitzt wie auf einem Kadavertisch. Der Zug fährt weiter ... taf ... taf ...

Nörgler an und glauben von einem standpunkt-festen Menschen, er sei verbodert. Diese Meinung für uns behalten, könnte zunächst uns selber schaden.

wispe von Warhatten förmlich aufeinander am weißen Strand endet, das wird in kurzen neuen Werten zum Erlebnis.

Aus der Partei

Bezirksorganisation Prag. Freitag, 10. Febr. um 8 Uhr abends im Oborotny dum Studentenzimmer.

Literatur

„Anna Leon.“ Die Geschichte einer langen Liebe. Von Hans Künzl. Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig. M. 3.-, geb. M. 4.50.

Zwei neue Romane von Marie Rodéline. Es gibt nicht viele Kriminalromane, denen auch ein gewisses literarisches Niveau zukommt.

Einige neue Romane von Marie Rodéline. Es gibt nicht viele Kriminalromane, denen auch ein gewisses literarisches Niveau zukommt.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

- bis einschließlich Donnerstag, den 2. Feber: Bron-Urania: „Das Lied einer Nacht.“ - Uria: „Das verlorene Gedächtnis.“